

1722

Notiz an den Bundesrat

24. September 1979

VERTRAULICH

Entwicklungsprogramm der Weltbank (IDA)

Volkswirtschaftsdepartement. Notiz vom 21. September 1979 (Beilage)

Gestützt auf die Notiz des Volkswirtschaftsdepartements und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

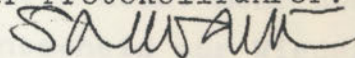
b e s c h l o s s e n :

Mit der in der Notiz des Direktors des Bundesamtes für Aussenwirtschaft vom 21. September 1979 vorgezeichneten Richtung ist der Bundesrat einverstanden.

Protokollauszug an:

- Dep. Vorsteher 7 zur Kenntnis
- EVD 10 (GS 5, BAWI 5) zur Kenntnis
- BK 3 (Hb, Br, Sa) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



DER DIREKTOR
des
Bundesamtes für Aussenwirtschaft

Bern, den 21. September 1979

Vertraulich

Notiz an den Bundesrat

Herr Bundespräsident,

Herren Bundesräte,

Mit Notiz vom 28. August hatte ich Sie auf die zunehmende Verstimmung, insbesondere von amerikanischer Seite, über das andauernde Abseitsstehen der Schweiz vom Entwicklungsprogramm der Weltbank (IDA) aufmerksam gemacht. In der Annahme, dass während meines offiziellen Besuches in Washington diese Angelegenheit aufgegriffen werde, hatten wir Ihnen fünf Vorschläge unterbreitet, wie durch ein schweizerisches Entgegenkommen die Lage allenfalls etwas entspannt werden könnte. Sie haben gestützt auf diese Notiz Ihre Instruktionen für meine Gespräche in Washington durch Beschluss vom 5. September 1979 festgelegt.

Meine Aussprache mit der Leitung der Weltbank einerseits und Vertretern der amerikanischen Regierung andererseits hat nicht nur den Groll gegen die Schweiz bestätigt, sondern ergeben, dass diese tiefgreifende und offenbar weitverbreitete Verstimmung mit Palliativmitteln nicht mehr überwunden werden kann und ein politischer Entscheid zur Wiederaufnahme der Beteiligung der Schweiz an den IDA-Kreditaktionen unumgänglich geworden ist. Andernfalls wären aussenpolitische, wirtschaftliche und eventuell sogar währungspolitische Konsequenzen zu befürchten. Die IDA-Frage ist nämlich auch vom neuen amerikanischen Finanzminister, Miller, der sich in seiner seinerzeitigen Eigenschaft als Vorsitzender des "Federal Reserve System" für das Zustandekommen der Verein-

barung über die währungspolitische Zusammenarbeit zur Stützung des Dollars mit der Schweiz, der Bundesrepublik und Japan eingesetzt hatte, in aller Schärfe aufgegriffen worden.

Die Haltung der Weltbank und der USA, die offenbar von weiteren wichtigen westlichen Ländern geteilt wird, lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Für die Erfordernisse der schweizerischen Referendumsdemokratie herrscht volles Verständnis. Dass nach Ablehnung der Beteiligung der Schweiz an der vierten Aufstockung der IDA 1976 auch die nächste Phase übersprungen werden musste, wird akzeptiert. Was jedoch nicht hingenommen würde, ist ein andauernder Immobilismus. Hoher Ertragsbilanzüberschuss, Spitzenstellung bezüglich Volkseinkommen, Vollbeschäftigung und geringfügige Inflationsrate - dies alles sind objektive Faktoren, die eine besondere entwicklungspolitische Leistung der Schweiz erwarten lassen und unserem Rückstand bezüglich finanzieller Leistungen an die Entwicklungsländer jede Rechtfertigung entziehen. Auch die OECD habe in ihren beiden letzten Berichten über die schweizerische Wirtschaftslage diese Erwartung im Namen der gesamten westlichen Staatengruppe deutlich ausgesprochen.

Besonders hart fällt die Reaktion auf das Argument innenpolitischer und budgetärer Schwierigkeiten in der Schweiz aus. Entwicklungshilfe sei in den Vereinigten Staaten ebenso unpopulär wie bei uns, die Budgetklemme verhältnismässig noch viel grösser. Präsident Carter scheue sich aber nicht, persönlich entwicklungspolitische Vorlagen zu vertreten. Das gleiche gelte für Japan, England und die Bundesrepublik etc. etc.

Immerhin glaube ich, McNamara und die Amerikaner schliesslich davon überzeugt zu haben, dass ein zusätzlicher Rahmenkredit für die Beteiligung der Schweiz an der sechsten Wiederauffüllung der IDA undenkbar wäre und daher eine Lösung in zwei

Etappen gesucht werden muss: Uebergangslösung für IDA VI; Inaussichtnahme einer Beteiligung an IDA VII, vorbehaltlich der parlamentarischen Zustimmung.

Ein entsprechendes Vorgehen würde bedingen, dass unverzüglich Verhandlungen mit der Weltbank betreffend die Zwischenlösung aufgenommen werden könnten. McNamara erwartet von uns anlässlich der Jahrestagung der Weltbank und des Währungsfonds in Belgrad am 1. Oktober eine Antwort bezüglich "grundsätzlichen Eintretens". Alsdann wären die einzelnen sich bietenden Möglichkeiten auf technischer Ebene zwischen uns und dem Stab der Weltbank zu prüfen. Im Frühjahr wäre Präsident McNamara sodann gerne bereit, dem Bundesrat einen offiziellen Besuch abzustatten, um persönlich zur Bereinigung des gegenseitigen Verhältnisses beizutragen.

Wie könnte nun aber eine derartige Zwischenlösung aussehen? Die Erwartungen meiner Gesprächspartner gehen eindeutig dahin, dass sie sich zwar in der Form von einer Beteiligung der Schweiz an der IDA VI unterscheiden könnte, nicht aber in der Substanz. Es müsste, mit anderen Worten, ungefähr derjenige Betrag beigesteuert werden, der unserem früheren Beitragsschlüssel von 1,47 % entsprechen würde, nämlich 180 Millionen Dollar, gestaffelt über drei Jahre. Die Verhandlungen im Kreise der Weltbank über die IDA VI befinden sich gegenwärtig in einer besonders schwierigen Phase, weil der Verteilungsschlüssel neu ausgehandelt werden muss. Der amerikanische Kongress hat wegen der schlechten Wirtschaftslage eine Reduktion des prozentualen Anteils der Vereinigten Staaten von 33 auf 25 % verlangt, während die amerikanische Regierung überzeugt ist, ihre Beitragsleistung auf wenigstens 27 % halten zu müssen. In dieser Auseinandersetzung zwischen Regierung und Kongress spielt die Beitragsleistung der übrigen Geberländer eine grosse Rolle, und es könnte daher der Fall Schweiz in die

öffentliche Kontroverse hineingezogen werden. Nach Auffassung McNamaras wäre ein Antrag auf Streichung der Schweiz von der Liste der Länder, die für Beschaffungen in Frage kommen, dann unvermeidlich, und zwar nicht nur für Materiallieferungen für das IDA-Programm, sondern für sämtliche Weltbankprojekte.

Für die erste Tranche der IDA VI (1. Juli 1980 bis 30. Juni 1981) müsste die Schweiz somit in der Lage sein, rund 100 Millionen Franken bereitzustellen. Für die zwei weiteren Tranchen (1. Juli 1981 bis 30. Juni 1983) würde eine Absichtserklärung des Bundesrates, vorbehältlich parlamentarischer Genehmigung, genügen.

Es wäre demnach zu prüfen, inwieweit aus bestehenden Mitteln rund 100 Millionen Franken für die erste Tranche aufgebracht werden könnten. Gemäss Entscheid vom 5. September hat der Bundesrat in Aussicht genommen, die ausstehenden Darlehen an die IDA von 182 Millionen Franken in "à fonds perdu"-Beiträge umzuwandeln. Dies würde, auf den Gegenwartswert diskontiert, rund 27 Millionen Franken ergeben. Ferner hat der Bundesrat in Aussicht genommen, auf Grund der bestehenden Rahmenkredite Parallel-Finanzierungsaktionen ins Auge zu fassen. Diese müssten somit eine Gröszenordnung von 70 Millionen Franken erreichen, könnten jedoch auf das Budget 1980 und 1981 verteilt werden.

Für die indirekten Beiträge an die zweite und dritte IDA VI-Tranche müssten dann die nötigen Möglichkeiten in den künftigen Rahmenkrediten vorgesehen werden. Der Bundesrat müsste jedoch in den nächsten Monaten bereits einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fassen, wie dies in Ziff. 2 Ihres Entscheides vom 5. September vorgesehen ist, damit in den laufenden Weltbankverhandlungen bei der Festlegung des Beitragsschlüssels für die Geberstaaten dieser Umstand berücksichtigt werden kann.

Darf ich davon ausgehen, dass Ihr Entscheid vom 5. September die nötige Flexibilität beinhaltet, um McNamara in Belgrad mitzuteilen, dass die Schweiz bereit sei, mit der Weltbank Konsultationen in der vorgezeichneten Richtung aufzunehmen?

Schliesslich möchte ich mir erlauben, nochmals darauf hinzuweisen, dass es sowohl in Weltbank- wie in amerikanischen Regierungskreisen als positives Zeichen für die Entkrampfung des Verhältnisses zwischen unserem Land und der IDA angesehen würde, wenn möglichst bald in einer öffentlichen Äusserung von bundesrätlicher Seite die Notwendigkeit einer Ueberprüfung der Beziehungen unseres Landes zur IDA erwähnt werden könnte.

* * *

*

Sehr lobend hat sich McNamara über die Beziehungen der Weltbank zur Schweizerischen Nationalbank geäussert. Die Franken-Notes zuhanden ausländischer Notenbanken seien auf grosses Interesse gestossen und überzeichnet worden. Man würde die Uebung daher gerne in einem späteren Zeitpunkt wiederholen. Diese ausgezeichneten Beziehungen veranlassen McNamara denn auch, uns in der IDA-Frage nach Möglichkeit zu helfen. Sie beeinflussen die Stimmung, können aber keinen Ersatz für einen IDA-Beitrag darstellen.

Mit getreuen Auszug,
der Protokollführeri

[Handwritten signature]